Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3389

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. Oktober 1968 am Freitag, dem 25. Oktober 1968

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Bis wann ist die Bundesregierung noch im Jahre 1968 bereit, Verordnungen und Richtlinien der Entsendung von Ärzten und Zahnärzten zur Betreuung großer deutscher Kolonien in Entwicklungsländern, die ohne ausreichende ärztliche Versorgung sind, zu ändern, daß mit Beginn des Jahres 1969 mit einer ausreichenden ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung der in Frage kommenden deutschen Kolonien gerechnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter **Unertl**

Billigt die Bundesregierung die Meinung, daß die dritte Gewalt keine Autorität, sondern eine Antiautorität ist, wie dies einer Pressemeldung zufolge der Frankfurter Landgerichtspräsident Wassermann geäußert hat?

3. Abgeordneter **Unertl**

Hält die Bundesregierung die in Frage 2 erwähnte Äußerung in der gegenwärtigen Situation für zweckmäßig und angebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

4. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)**

Hält die Bundesregierung es für mit dem Grundrecht der Informationsfreiheit (Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes) vereinbar, daß die Deutsche Bundespost den Betrieb von Hör- und Fernsehrundfunkgeräten von der Erteilung einer Genehmigung abhängig macht?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

5. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher die für die Umstellung auf automatische Sortierung der Postschecküberweisungen erforderliche Genehmigung nicht erteilt?	

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

6. Abgeordneter **Brück (Holz)**	Sieht die Bundesregierung in der Errichtung des Instituts für Festkörperphysik im Saarland einen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes?	

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

7. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Trifft es zu, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika das Tragen goldener Fingerringe zu lokalen Krebsgeschwülsten geführt hat, weil das Gold aus eingeschmolzenen Goldperlen stammte, die zur Krebsbestrahlung gedient hatten (FAZ Nr. 217 vom 18. September 1968)?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
8. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**	Wie ist sichergestellt, daß in der Bundesrepublik Deutschland Material, Geräte, die in irgendwelcher Weise bei der Krebsbestrahlung in Gebrauch waren, nicht in einer Weise wiederverwendet werden dürfen, die andere Menschen gefährden oder schädigen kann?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
9. Abgeordnete **Frau Mönikes**	Stimmt es, daß die Bundesregierung bis heute keinen Forschungsauftrag erteilt hat auf dem Gebiet der Geriatrie (Erforschung des Gesundheitszustandes der älteren Menschen)?	
10. Abgeordnete **Frau Dr. Heuser**	Sieht die Bundesregierung bei der Neuordnung des medizinischen Studiums eine pflichtgemäße Unterrichtung in Erster Hilfe während des vorklinischen und in Wiederbelebung und ärztlicher Hilfe bei lebensbedrohlichen Notfällen während des klinischen Teiles vor?	

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Ist die Bundesregierung bereit, Überlegungen anzustellen, wie sie die mancherorts noch vorhandene, den von einem Rückgang stark bedrohten Fremdenverkehr besonders belastende Getränkesteuer beseitigt und gleichzeitig die betroffenen Gemeinden von einem Einnahmeausfall bewahrt werden können?	

12. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Wann gedenkt die Bundesregierung entsprechend dem vor über einem Jahr vom Bundesrechnungshof erstellten Gutachten über die Entbehrlichkeit des Paßkontrolldienstes durch den Grenzschutzeinzeldienst zum Zweck der Vereinfachung und Einsparung diesen Paßkontrolldienst an den Grenzübergängen bei gleichzeitigem Wegfall des Grenzschutzeinzeldienstes den Zollbeamten mitzuübertragen?

13. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Gründe hat die Bundesregierung, an der ungleichen Behandlung der Garnisongemeinden mit alliierten Streitkräften gegenüber den Bundeswehrgemeinden bei der Gewährung von Bundesfinanzhilfe für Aufschliessungsmaßnahmen und Folgeeinrichtungen im Zuge der Errichtung oder des Bestehens von militärischen Anlagen und Einrichtungen immer noch festzuhalten?

14. Abgeordneter **Dröscher**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß, nachdem ein betroffener Gemeindeverband wegen Verschmutzung seiner Trinkwasserquellen durch Stationierungsstreitkräfte ein obsiegendes Urteil des Oberlandesgerichtes erreicht hat, das Landesentschädigungsamt Rheinland-Pfalz gegen ein solches Urteil noch einmal Berufung einlegt und somit die geschädigten Gemeinden auf weitere unabsehbare Zeit nicht in den Genuß der dringend notwendigen Entschädigung kommen?

15. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Ist es im Sinne der Befreiungsvorschrift, § 4 Ziff. 19 a Satz 1 UStG, auf Grund der Blinde keine Umsatzsteuer (MWSt) bezahlen, daß Mineralölimportgesellschaften mit eigenem Tankstellennetz öffentlich durch Zeitungsanzeigen unter Hinweis auf die Einsparung der Umsatzsteuer Blinde zum Abschluß von Tankstellenpachtverträgen werben, um damit grössere Umsatz- und Gewinnmöglichkeiten zu erlangen?

16. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Stellen nach Auffassung der Bundesregierung der § 164 a AO hinsichtlich der Werbung bzw. § 6 Steueranpassungsgesetz geeignete Grundlagen dar, diesen Mißbrauch zu verhindern?

17. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wenn vorstehende Fragen 15 und 16 zu bejahen sind, warum ist die Bundesregierung, obwohl sie bereits im April 1968 aus betroffenen Kreisen unterrichtet worden ist, bis zu diesem Zeitpunkt nicht tätig geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

18. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß durch den steigenden Umlauf von Investmentanteilen das Stimmrecht in den Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften verstärkt durch die Depotbanken wahrgenommen wird, die nicht Eigentümer sondern nur Verwalter von Aktien sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

19. Abgeordneter **Borm**	Warum schlägt die Bundesregierung der DDR-Regierung nicht einen nahen Termin für das grundsätzlich bereits vereinbarte Gespräch zwischen den Ministern Schiller und Sölle vor?
20. Abgeordnete **Frau Freyh**	Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die zu den in den letzten Wochen stark gestiegenen Verbraucherpreisen für leichtes Heizöl geführt haben?
21. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**	Warum hat die Bundesregierung zu den Behauptungen der Abgeordneten Illerhaus und Dr. Staratzke in der Sitzung vom 17. Oktober 1968, „alleine die Bundesregierung habe im Rat der Europäischen Gemeinschaften eine Aufschiebung der Beratungen über Fragen der gemeinsamen Handelspolitik verlangt und sie habe in der Frage des Osthandels bremsend gewirkt", keine Stellung genommen?
22. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**	Trifft die Pressemeldung zu, Bundesminister Brandt sei der Auffassung, die EWG-Partner der Bundesrepublik Deutschland müßten Verständnis dafür aufbringen, daß die Bundesrepublik Deutschland auf handelspolitischem Gebiet ihre Handlungsfreiheit weitgehend zu erhalten wünscht?
23. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**	Warum enthält die Initiative der Bundesregierung über „Ausbau und Erweiterung der europäischen Gemeinschaften" vom 27. September 1968 (Bulletin vom 2. Oktober 1968) keinen Hinweis auf die Notwendigkeit, ab 1. Januar 1970 eine gemeinsame Handelspolitik zu betreiben, wenn „wir nicht außerhalb der Verträge handeln wollen" (Abgeordneter Illerhaus, Stenographisches Protokoll der Sitzung vom 17. Oktober 1968, Seite 10260 A)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. Abgeordneter **Geldner**	Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, ob angesichts der schadhaften Getreideernte 1968 Versorgungsschwierigkeiten der süddeutschen Mühlen mit mahlfähigem Getreide bestehen?
25. Abgeordneter **Geldner**	Können diese Versorgungsschwierigkeiten durch Verlagerung von Getreide aus den Beständen der guten Ernte 1967 in den süddeutschen Raum behoben werden?

26. Abgeordneter **Geldner**

Was geschieht, wenn der norddeutsche Roggen zu Ende geht und die für das kommende Frühjahr befürchteten ernsten Versorgungsschwierigkeiten der süddeutschen Mühlen eintreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

27. Abgeordneter **Westphal**

Trifft es zu, daß neue Richtlinien und Durchführungsanweisungen der Bundesanstalt für Arbeit über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen zwar die Leistungen für Bewerber in Lehr- und Anlernberufen erheblich verbessern, aber die Förderung von Antragstellern in sozialpflegerischen Berufen nach dem 1. Oktober 1968 aus Mitteln der Bundesanstalt nicht mehr ermöglichen?

28. Abgeordneter **Westphal**

Ist es arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch zu verantworten, daß die Teilnehmer an Kindergärtnerinnenseminaren, Heimerzieherschulen und ähnlichen Fachschulausbildungen im sozialpädagogischen Bereich von der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit ausgeschlossen werden?

29. Abgeordneter **Westphal**

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Bundesanstalt für Arbeit Bewerber aus sozialpflegerischen Berufen weiter fördern muß, bis ein Ausbildungsförderungsgesetz diese Ausbildungswege in seine Förderung einbezieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**

Wie erklärt es sich die Bundesregierung, daß eine bei der Bundeswehr als Handwerkszeug verwendete kleine Stahlpinzette (Versorgungsnummer 5120-12-120-5768) zum Schlüsselgerät H 54 von der Lieferfirma mit 283,50 DM in Rechnung gestellt wird, obwohl der Herstellungswert der Pinzette sich auf höchstens einige Mark belaufen kann?

31. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**

Wie kann sich die Bundesregierung vor solchen offenkundigen Überforderungen schützen?

32. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**

Welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der bei Truppenbesuchen offenkundig gewordenen Tatsache zu ziehen, daß es in Bundeswehreinheiten, deren Angehörige Zulagen erhalten (z. B. bei Fallschirmjägern) kaum Unteroffiziersfehlstellen gibt, während bei anderen Einheiten die unbesetzten Stellen besorgniserregende Ausmaße angenommen haben?

70. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei notwendigen Grundstücksabtretungen für den Bau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen den abtretenden Grundstücksbesitzern, insbesondere, wenn durch die Abtretung deren Existenzbasis stark vermindert wird, durch Überlassung von für Tankstellen oder Raststätten geeigneten Grundstücken an den neuerstellten Bundesautobahnen oder Bundesstraßen einen Existenzausgleich zu ermöglichen bzw. ihnen bei der Übernahme von Konzessionen eine gewisse Priorität einzuräumen?

71. Abgeordneter **Peiter**

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß in Anbetracht der sich häufenden Unfälle am Fußgängerüberweg in Höhe des Postamtes Diez im Zuge der B 417 Ortsdurchfahrt Diez eine Verkehrsinsel angebracht wird?

72. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des bayerischen Wirtschaftsministers nach Erhebung von Autobahngebühren in der Bundesrepublik Deutschland?

73. Abgeordneter **Dröscher**

Gibt es beim Bundesverkehrsministerium greifbare Vorstellungen darüber, wie man durch vordringlichen Ausbau von Kriechstrekken an Steigungen vielbefahrener zweispuriger Bundesstraßen den Verkehrsfluß wesentlich beschleunigen könnte?

74. Abgeordneter **Dröscher**

Wann ist mit der Elektrifizierung der Nahestrecke der Deutschen Bundesbahn Bingerbrück—Bad Kreuznach—Kaiserslautern und Bad Kreuznach—Saarbrücken zu rechnen?

75. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Entsprechen die Vorschriften über die Überprüfung der privaten Kraftfahrzeuge von Mitgliedern und Angehörigen der alliierten Streitkräfte den deutschen Bestimmungen?

76. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zusammen mit den zuständigen regionalen Behörden entwickelt, um den von manchen früheren Aufgaben befreiten, leistungsfähigen Rangierbahnhof Kaiserslautern neuen Verwendungen, etwa als Containerumschlagplatz oder Containerendbahnhof zuzuführen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

77. Abgeordneter **Josten**

Wie ist nach dem neuesten Stand die Planung des weiteren Ausbaues der B 9 zwischen Bonn und Koblenz?

78. Abgeordneter **Josten**

Wann kann mit dem Beginn der Straßenbauarbeiten, welche den Anschluß der Umgehungsstraße Andernach—Weißenthurm an die Bundesautobahn beim Koblenzer Kreuz vorsehen, gerechnet werden?

79. Abgeordnete **Frau Freyh**

Warum hält die Bundesregierung daran fest, daß die Stadt Frankfurt die Kosten des Grunderwerbs für den 1. Bauabschnitt der Stadttangente (westlicher Bereich) auch dann noch übernehmen soll, nachdem das ursprünglich als Schnellstraße vorgesehene Bauvorhaben als Autobahn eingestuft werden wird?

80. Abgeordnete **Frau Freyh**

In welchem Umfang wird von den Gemeinden eine Beteiligung an den Kosten erwartet, die durch die beabsichtigte europäische Vereinheitlichung der Straßenverkehrsschilder entstehen werden?

81. Abgeordneter **Strohmayr**

Wird die Bundesregierung den in der Presse in jüngster Zeit zur Diskussion gestellten Vorschlag prüfen, kritische Verkehrsprobleme durch den Bau von Stahlhochstraßen über Bundesbahnlinien und Autobahnen zu lösen?

82. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung die praktische Realisierbarkeit der Stahlhochstraßen?

83. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Hat das Bundesverkehrsministerium sich bereits mit der abgeschlossenen Sondererhebung des Innenministers von Baden-Württemberg beschäftigt, in der die Unfallursachen im Straßenverkehr untersucht und wissenschaftlich erläutert sind?

84. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Sind bereits Konsequenzen und Erläuterungsmaßnahmen in Aussicht genommen, die sich aus der erschreckenden Bilanz ergeben, wonach z. B. die 18 bis 25jährigen Kraftfahrer am anfälligsten für Verkehrsunfälle sind?

85. Abgeordneter **Zebisch**

Teilt die Bundesregierung die Meinung des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Schedl, der trotz heftigsten Protestes des ADAC und anderer vorschlägt, eine Mautgebühr für die Benutzung der Bundesautobahnen zu erheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

86. Abgeordneter **Moersch**

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu der Gesetzesauslegung einiger Länderministerien, wonach Studenten auch dann keinen Anspruch auf Wohngeld haben, wenn sie ihr gesamtes Studium oder einen erheblichen Teil der Studienzeit außerhalb des Elternwohnortes absolvieren und wenn mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist, daß sie nach Abschluß des Studiums wieder an den elterlichen Wohnsitz zurückkehren?

87. Abgeordneter **Moersch**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit zu einer verbindlichen Gesetzesinterpretation, die die Studenten bei der Wohngeldfrage nicht weiterhin benachteiligt?

88. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung in der Lage anzugeben, welcher Prozentsatz der Sozialwohnungen von Mietern bewohnt wird, die über ein höheres Einkommen verfügen als es den Richtlinien des Sozialwohnungsbaues entspricht?

89. Abgeordneter **Picard**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß Sozialwohnungen auf Dauer nur vom Kreise der Berechtigten bewohnt werden?

90. Abgeordneter **Picard**

Von welchen Ländern ist bisher die Forderung an die Bundesregierung herangetragen worden, eine gesetzliche Regelung zur Vermeidung der Fehlbelegung von Sozialwohnungen zu erlassen?

91. Abgeordneter **Haar (Stuttgart)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Bundesbediensteten auch hinsichtlich der Förderung von Familienheimen gelten muß?

92. Abgeordneter **Haar (Stuttgart)**

Wie begründet die Bundesregierung ihre bisherige Haltung, die Förderungssätze der Deutschen Bundesbahn den Bundesrichtlinien nicht anzugleichen?

93. Abgeordneter **Haar (Stuttgart)**

Steht die bisherige Haltung der Bundesregierung nicht im Widerspruch zu ihrer wohnungspolitischen Zielsetzung, im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes für seine Bediensteten die Bildung von Einzeleigentum in verstärktem Maße zu fördern?

Bonn, den 18. Oktober 1968